

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 75 Mark für das erste Vierteljahr 1923 ohne
Zustellungsgebühr. Es ist nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und
Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark

61. Jahrgang

Leipzig, den 22. März 1923

Nummer 33

Abonnementserneuerung zum 1. April muß in dieser Woche stattfinden, wenn die Zustellung des „Korr.“ prompt weiter erfolgen soll. Es gelangt jetzt das Monatsabonnement zur Einführung. Der Bezugspreis ist für April 500 M. (Verbandsmitglieder 400 M. Rückvergütung; siehe Nummer 30 des „Korrespondent.“) Bestellungen nur bei der Post.

Gegenüberstellungen

Preissenkung durch Lohnabbau sollte die vom Reichswirtschaftsministerium verfolgte neue Wirtschaftspolitik werden. Der großindustrielle und volksparteilich stark eingeschworene Minister Dr. Becker hat in der ersten Märzhälfte die Stützungspolitik für die Mark im Sinne der Unternehmerlohnpolitik zu nützen versucht, indem er in nur schwacher Umschreibung als Parole der Reichsregierung ausgab: Preissenkung durch Lohnabbau. Die Gewerkschaftsleitungen machten dem Reichsarbeitsminister Vorhaltungen darüber, der aber erklären konnte, dieser Sache überhaupt fernzustehen. Es stellte sich nun schnell heraus, daß der durch seine früheren Erklärungen sich als ohnmächtig gegenüber der Preispolitik der Wirtschaftsverbände bekennende Dr. Becker eigenmächtig, aber mit vollster Kraftanstrengung die Lohnbewegungen allgemein zum Stillstand bringen wollte. Der Standaal war nicht klein. Wenn der Nachkrieg an Ruhr und Rhein nicht den Zusammenhalt des Kabinetts Cuno bedingen würde — nicht zuletzt wegen unter diesen Umständen fehlender Nachfolgerschaft —, dieser ungenierte Unternehmensanwalt hätte über die Klinge springen müssen. So aber wurde von den Vorständen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände der Reichskanzler mobil gemacht, der dann am 10. März mit der nachfolgenden offiziellen Erklärung den Dr. Becker gründlich desavouierte:

Der Reichskanzler stellt fest, daß auch nach Ansicht der Reichsregierung eine Erhöhung der Löhne da gerechtfertigt ist, wo sie zur Anpassung an das allgemeine Lohnniveau und den Preisstand erforderlich ist, während eine allgemeine durchgängige Senkung der gesamten Löhne den notwendigen Preisabbau unmöglich machen und damit, ohne der Arbeiterschaft auf die Dauer zu nützen, das von allen erstrebte Ziel der Markstabilisierung gefährdet würde.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß diese von den Gewerkschaftszentralen erzwungene Klarheit in Unternehmerkreisen arg verschluckt hat, und daß der Widerstand gegen die Preissenkung dadurch wohl noch gestärkt worden ist. Aber die Schlichtungsstellen, die sich bereits bedenklich orientiert zeigten, wissen doch nun, daß sie zum mindesten wesentlich zu unterscheiden haben.

Erste in mal sichtbare Preissenkung ist aber nicht allein der Standpunkt in der Arbeiterschaft und ihrer Presse, sondern auch bürgerliche Blätter wenden sich gegen die Sorte von Geschäftsmoral, der die Marktstabilisierung ebenso zum besten dienen soll wie die rasenden Dollarprünge im Januar und Februar. Im „Berliner Tageblatt“ vom 18. März heißt es im Leitartikel des Handelssteils u. a.:

Trotz steigender Löhne hat sich die Lebenshaltung der hauptsächlichsten Verbraucherkreise relativ mehr und mehr verschlechtert. Man ermöglichte es daher diesen Bevölkerungsschichten, durch Befassung der derzeitigen nominal gleichbleibenden Einnahmen, mit besserem Gelde notwendige Neuanschaffungen zu machen und damit den Inlandsverbrauch zu steigern. Ein sofortiger Abbau der Löhne und Gehälter erscheint also noch verfrüht. Freilich darf die Verschiebung des Lohnbaues kein Grund zur Hochhaltung der Preise sein: trotz stabiler Löhne wird es vielmehr Sache der Erzeuger sein müssen, auch ihrerseits und in ihrem eigenen Interesse den inländischen Absatz zu heben. Die Erzeugerschaft sollte dazu ohne weiteres in der Lage sein, denn sie hat lange genug, auf dem „Wiederebeschaffungsdogma“ fußend, die Preise mitverteuert. Sie müssen also bei Wegfall dieses Kalkulationspostens erheblich verbilligt werden können, ohne die Möglichkeit genügenden Gewinnes damit auszuschließen. Die „Neue Leipziger Zeitung“ brachte am 10. März unter der über-

schrift „Preise und Löhne“ einen bemerkenswerten Leitartikel, dem als Motto vorangestellt war:

Ist es nicht eine schreiende Ungerechtligkeit — um nicht zu sagen: ein gefährliches Unterfangen — im Augenblick, da der Reichstagsbeschluss einer 3000prozentigen Wohnungsabgabe gewaltige Steigerungen der Wohnungsvermietungen antündigt, einem Abbau der Gehälter und Löhne das Wort zu reden?

Aus dem Artikel möchten wir diese bemerkenswerten Sätze herausheben:

Gegen die grundsätzliche Ansicht, daß eine Stabilisierung der Preise auf die Dauer nicht ohne Stabilisierung der Löhne möglich ist, wird wohl von keiner Seite etwas eingewendet werden. Wohl aber muß Front gemacht werden, wenn von Unternehmerseite versucht wird, die Senkung der Preise von herabgesetzten Löhnen abhängig zu machen. Das ist ein Unding und widerspricht der bisherigen Lohnpolitik. Man hat früher mit Recht darauf hingewiesen, daß die innere Kaufkraft der Mark für die Lohnbemessung maßgebend sei, nicht aber der Valutastand. Es ist nicht angenehm, diesen Standpunkt jetzt, wo das Verhältnis von Valuta und innerer Kaufkraft sich umgekehrt hat, ohne weiteres und so plötzlich preiszugeben.

Trotzdem wird von der Unternehmerseite versucht, die Löhne den weichen oder vielmehr bald weichen den Preisen anzupassen, mit dem versteckten Ziele, hierdurch eine Norm für kommende Lohnregelungen ein für alle Male festzulegen. Unser soziales Gewissen verbietet es uns, diese Politik zu billigen und dazu zu schweigen. Wenn man sich vor Augen hält, daß schon vor dem Kriege, in der sogenannten „guten“ Zeit, die soziale Lage des Arbeiters und kleinen Beamten keine allzu glänzende war, und ständige Lohnkämpfe eine Verbesserung der Lebenshaltung sich zum Ziel gesetzt hatten, wenn man weiter die unseugbare Tatsache in Rechnung zieht, daß die Arbeitnehmer die langen Jahre nach dem Kriege immer wieder auf die restlose Erfüllung ihrer Forderungen verzichteten, um ihre Wirtschaft nicht in gefährliche Krisen zu bringen, so ist es wohl mehr als recht und billig, wenn diesmal von der Gegenseite „Opfer“ gebracht werden.

Da bei der Margarine und dann bei Schaben und Stoffen zum Teil von Preisrückgang etwas zu merken ist, in den drei Tagen (17. bis zum 19. März) aber z. B. in Leipzig Butter, Margarine, Fett, Schweinefleisch, Milch schon wieder teurer geworden sind nach dem Tempo des langsameren Fallens aber immer schnelleren Steigens, so ist die von so unendlich vielen Geschäftsleuten wie die Pest gefürchtete Preissenkung nur gar zu schnell in das legendäre Stadium getreten. Das „Korrespondenzblatt“ des ADGB. schrieb daher am 17. März sehr richtig:

Vorkäufig aber ist der Preisrückgang bei den Lebenshaltungs-kosten noch kaum zu spüren, und das allgemeine Lohnniveau entspricht auch noch nicht entfernt dem Preisstand. Einer amtlichen Lohnpolitik, die darauf ausgehen wollte, die Katastrophenlebenshaltung, die sich während des letzten Dollarrunnens herausgebildet hat, zu stabilisieren, würde die Arbeiterschaft Kampf auf Leben und Tod ansagen. Darüber ist der Regierung von den Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen kein Zweifel gelassen worden.

Das geht an die Adresse des famosen Beder, Robert Schmidts unwürdigen Nachfolger im Reichswirtschaftsministerium. Leider aber ist die von der „L. N. Ztg.“ erwähnte 3000prozentige Reichswohnungsabgabe das Schlüsselmoment noch nicht, was an neuer Verteuerung jetzt eintreten wird, und zwar von den Behörden aus. Gerade auf dem Wohnungsgebiete ist augenblicklich Hochkonjunktur stärkster Belastung. In Leipzig hat der Rat auf Drängen der Hausbesitzerverbände zum 1. April eine Erhöhung der Betriebskosten um das Hundertfache der Grundmiete und der laufenden Instandhaltungskosten um das Siebzigfache der Grundmiete beschlossen. Eine Buchdruckerwohnung läme also auf 83 300 M. Jahresmiete, dazu noch 75 Proz. als große Instandhaltungskosten und alle Nachzahlungen für Mehrkosten und Reparaturen an den Hauswirt, dem die in Sachsen und Leipzig im besonderen festgesetzten Verschlechterungen des Reichsmietengesetzes sehr zu nütze sind. Man wird also ein Erstes über 100 000 M. hinauskommen, wo früher knapp 500 M. jährlich gezahlt worden sind. Auch mit den Gaspreisen

gehen jetzt die Städte unter Berufung auf die verfehlte Kohlenpreispolitik des Reiches zu Höhen bis 1000 M. hinauf. Welche Summen da in einem Monat herauskommen, macht erschauern. Das paßt zum Lohnabbau, wie er gerade bei den Großverdienern paßt, wie die Faust in das Auge. Für die im Lohn Nachgebliebenen ist dieser Plan gar eine Aufpeitschung zu hemmungslosem Widerstande.

Der Lohnanteil am fertigen Erzeugnis hat schon manchmal eine verblüffende Beleuchtung erfahren. Die „Soziale Bauwirtschaft“ wies vor einigen Wochen nach, daß die Preise für Baustoffe im Januar 1922 um das 28fache, die Löhne um das 18fache gestiegen waren. Im Januar 1923 aber war bei den Baustoffen das 2000fache, bei den Löhnen jedoch erst das 645fache erreicht. Die Baustoffe sind also ganz unverhältnismäßig gegenüber der Lohnsteigerung verteuert worden. Das Wohnungselend kann aber nicht mit noch so hoher Belastung der Allgemeinheit behoben werden, sondern nur durch Kampf gegen den Wucher mit den Baustoffen. Warum jetzt hier nicht die Regierung zuerst ein?

Im Reichswirtschaftsrat hat sich jüngst eine noch viel drastischere Beweisführung abgespielt; vielleicht wider Willen. Die Verbände der Papierverarbeitung wollten eine Preislenkung erreichen und schlugen deshalb Aufhebung des Goldzolles für Zellstoff, Papier und Pappe ausländischen Ursprungs vor. Ungeachtet der weit höheren Auslandspreise liegen die ausländischen Zellstoffpreise schon 8 bis 50 Proz. frei deutscher Hafen unter den deutschen Preisen. Das ist gewiß erstaunlich. Der Vertreter der Zellstofffabriken war so wunderbar geschickt in seinen Bemühungen, sich den Schutzoll zu erhalten, daß er erklärte, die Löhne der deutschen Zellstoffindustrie machen nur 6 Proz. der Verkaufspreise aus. Der wirtschaftliche Ausschuss quittierte das mit einem Antrage an die Reichsregierung, den Einfuhrzoll auf die genannten Artikel auf die Hälfte der autonomen Zollsätze vorübergehend herabzusetzen. Die Reichsregierung wird das hoffentlich tun, und dann können, auch im Interesse der Arbeiterschaft im Buchdruck- und im graphischen Gewerbe, die ungeheuren Papierpreise gesenkt werden, denn der Lohn spielt ja gar keine ausschlaggebende Rolle.

Ein Fälschungsversuch der Reichsanalenerklärung vom 10. März zum Schaden der Buchdruckergehilfen liegt von Verlegerseite vor. Das „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ brachte am 14. März eine Notiz, aus der dies ebenfalls hervorgeht:

Die neuerliche Erhöhung der Druckpreise um 25 Proz. hat dem Buchhandel eine schwere Enttäuschung gebracht. Hatte man doch erwartet, daß gerade das Druckgewerbe bei seiner bereits zu Arbeitsstörungen und Entlassungen zwingenden Lage sich besser den auf Abbau abzielenden Tendenzen der Regierung anzupassen geneigt sein würde. Wie wir erfahren, ist der Verlag, wenigstens in Leipzig, deshalb nicht geneigt, diese letzte weitere Preiserhöhung unumwunden hinaunehmen. Möglichenfalls wird vielmehr der Verlag seinerseits zu einer weiteren Einschränkung seiner Aufträge schreiten und Arbeiten, die er zunächst vergeben wollte, bis auf weiteres zurückstellen.

Wir erfahren dazu aus einer mit Leipziger Verlagsarbeiten stark bevorzugten Druckstadt, daß dorthin viel präziser geschrieben worden ist über die Mahnung der von Regierungseiten ausgehenden Richtlinien. Damit meint man, was der Reichswirtschaftsminister unbefugterweise gegen die Arbeiterschaft auslaube, „anordnen“ zu können. Dr. Becker hat jedenfalls dabei sich zur Rücksichtnahme genommen, was schon im Oktober 1921 der rheinisch-westfälische Großindustrielle Dr. Klönne (Dortmund), der auch als Umstürzler gegen den Achtstundentag von sich reden machte, auf einer Tagung der deutschen Arbeitgeberverbände als Standpunkt vertrat: der Lohnabbau müsse dem Preisabbau vorausgehen. Daß der Reichsanalener ganz etwas anderes gesagt und an die Buchdrucker jedenfalls nicht im entferntesten denkt, wo eine Lohnstabilisierung in Betracht kommen könnte, wissen die Herrschaften schließlich auch. In den Streit um die 25 Proz. an sich mischen wir uns nicht ein. Der eine Teil hat mit seinen zu großen Sprüngen bei den bisherigen Druckpreiserhöhungen, vor allem aber durch die Statuierung des durch Reichsgerichtsurteil verworfenen Wiederbeschaffungspreises, nicht mehr gesündigt als der andre mit der Uberteuermethode durch die Schlüsselzahl bis 2000. Wenn sich in Leipzig der Rat der Stadt und die Handelskammer öffentlich in den Haaren liegen und von letzter Seite der Fahrpreis von 450 M. (nach 12 Uhr nachts bis 1 Uhr 900 M.) auf der Elektrischen als unünftig hingestellt wird, während von ersterer der Vorwurf kommt, die Handelskammer habe gar nichts gegen die wahnsinnige Warenvertierung getan, so ist das ebenso amüsan. Die eine Verlagsfirma erlaubte sich aber, an ihre Druckerei Unverschämlichkeiten gegen die Buchdruckergehilfen zu schreiben ungefähr des Wortlautes:

Die Arbeiter brauchen nicht jeden Tag Fleisch und Wurst zu essen, Bier, Schnaps, Zigarren und Zigaretten zu konsumieren und auf den Tanzboden und in die Kinos zu gehen. In der jetzigen Zeit der Not müssen sich auch die Arbeiter einschränken.

Die bis jetzt nur 2072fache Lohnerhöhung der Buchdrucker ist fürwahr ganz dazu angetan, nach dem Lebensmotto weiland des alten Dessauers die Tagung zu verbringen! Der 5000fache Druckpreiserhöhung kommt aber wohl die Schlüsselzahl von 2000 in der Auswirkung gleich, denn der Friedenspreis wird gern um das Mehrfache höher eingesetzt,

als er in Wirklichkeit sich belaufen hat. Wo kann denn von einem Entbehrungsfaktor tatsächlich und nicht so knapp gesprochen werden? Doch nur bei den Gehilfen! Dabei wollen die Prinzipale des Kreises X tariflich nicht mehr mitmachen, weil sie angeblich nicht können, und die Sonderorganisation der Provinzvereinigung will nicht etwa zum Lohnabbau übergehen, sondern nur ausbleibende Abstriche nach unten vornehmen. Es gibt aber weder etwas in dem einen noch in dem andern Falle. Anderswo steigen nämlich ganz andre Wetterzeichen auf.

Wir haben uns bereits in Nr. 22 mit den Vorgängen in Rheinland-Westfalen beschäftigt. Inzwischen sind dort in verschiedenen Orten Kurzschlüsse eingetreten. Da war es dann auf einmal aus mit dem Treiben jener Einseitiger, deren Handlungen bei den zentralen Beratungen in Berlin zu den Verheißungen vorher dabei in eine die Gehilfenschaft ohne weiteres prozessierende Gegenüberstellung zu bringen sind. Wir werden eigenmächtiges Vorgehen einzelner Organisationssteile nie gutheißen, es kann auch auf das Ganze schwer zurücktreffen. In Rheinland-Westfalen sollte man nicht auf eine Experimentierpolitik zukommen, die, wenn sie auch von der früheren Sonderbündel der Prinzipalität zu unterscheiden wäre, dennoch ihre Bedenken haben würde. Wenn aber das Verhalten auf der andern Seite nur noch von einem Unternehmerinteresse diktiert ist, das fälschlich und stumpfsinnig zugleich genannt werden muß, so kann man örtliche Ausbrüche verstehen, und wenn die zwiespältigen Prinzipalsfunktionäre dabei am meisten unter den Schritten kommen, würden wir uns darüber nur freuen. Jetzt scheint man in rheinisch-westfälischen Prinzipalskreisen ja einzusehen, daß es so nicht weitergehen kann. Aus Kreisfeld wurde in der vorigen Nummer berichtet, daß die dafelbst maßgebenden Prinzipale versprochen hätten, ihre Unterhändler nun mit der Marschroute zur Großzügigkeit nach Berlin zu Lohnverhandlungen zu schicken. Der eine dieser führenden Herren hat sich bisher nicht von der Seite gezeigt, daß er leere Worte macht, um über eine brenzlige Situation hinwegzukommen. Sieht man aber gar allgemeiner dort in Prinzipalskreisen ein, daß den Besonderheiten dieses in den Löhnen, den Teuerungsverhältnissen und mit den Befehlsnuten in einem Ausnahmezustande sich befindenden Gebietes doch mehr Rechnung getragen werden muß, dann heißt es auch, den Schritt ganz zu tun. Wir wollen dem alken, immer noch sehr betriebamen Herrn Otto nicht zu nahe treten; daß er aber der Vater aller Hindernisse zu nennen ist, und daß niemals im Kreise II Ruhe werden wird, wenn es nach seiner aufreizenden Kleintätigkeit weitergeht, das möge allen Prinzipalen in Rheinland-Westfalen gesagt sein, die nunmehr durch die behördlichen Vertreter, durch das Vorgehen ihrer Personale sowie durch die in die Öffentlichkeit gebrachten Flugblätter vom Verband und Gutenbergs worden über die „hohen“ Buchdruckerlöhne an der Enghals gezogen worden sind, daß die Buchdrucker es gar nicht fertig bringen können, mit Löhnen auszukommen, die erstaunlich tief unter denen der übrigen Arbeiter liegen.

Was dadurch auf gewerkschaftlichem Gebiete extra heraufbeschworen wird, dokumentiert ein uns soeben zugegangenes Beweisstück kommunistischer Konjunkturpolitik, das hiermit im Wortlaut Veröffentlichung findet:

Essen, den 9. März 1923.

Werte Genossen!

Auch in den Mitgliederkreisen Eures Ortsvereins wird über das letzte Lohnabkommen, welches uns von Berlin beschert wurde, große Entrüstung sein. Für uns Parteigenossen ist es Pflicht, diese Bewegung in revolutionäre Bahnen zu leiten. Wir erwarten von Euch, daß Ihr nach unserer Parteiprogramm in Euren Mitgliederkreisen verfahren werdet. Um die Bewegung im ganzen Gau einheitlich zu gestalten, empfehlen wir Euch, folgende Resolution in den Bezirks- und Ortsversammlungen sinngemäß anzuwenden:

Die am..... versammelten Buchdrucker des Ortsvereins..... nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem letzten Lohnabkommen. Sie sprechen den Gehilfenvertretern das schärfste Mißtrauen aus und fordern die sofortige Aufnahme neuer Lohnverhandlungen, die uns ein Auskommen sichern, zum mindesten aber den Löhnen aller übrigen Arbeiter gleichstellen. Die Gehilfenschaft..... erwartet, daß den berechtigten Forderungen seitens der Gehilfenvertreter stattgegeben wird, andernfalls sie zur Selbsthilfe schreiten wird. (Beitragsperre.)

Werte Genossen! Zur Erläuterung der Beitragsperre teilen wir Euch mit, daß dieselbe nur Erfolg verspricht, wenn sie im ganzen Gau planmäßig angewandt wird. Wir erwarten nun von Euch, daß Ihr uns umgehend über die dortigen Verhältnisse aufklärt, damit wir Euch weiteres Material zukommen lassen können.

Bis jetzt warten wir noch vergeblich auf Euer Adressenmaterial. Erwähnen möchten wir noch, daß durch örtliches Vorgehen der Epikenlohn im hiesigen Bezirk auf 96 000 M. gebracht worden ist. Dazu kommen für Maschinensetzer usw. noch die tariflichen Aufschläge. Das Abkommen gilt laufend, und es werden somit alle Ergebnisse kommender tariflicher Lohnverhandlungen auf diesen Lohn geschlagen.

Mit kommunistischem Gruß!

Ludwig Singhoff, Essen,

„Ruhr-Echo“, Kottstraße 16.

Zu dem Leipziger Verlegethron über die fettlobigen Buchdruckergehilfen ist dieses zur Rebellion auffordernde Rundschreiben zunächst ein-

mal eine drastische Gegenüberstellung. Dieser neue Beleg für kommunistische Paroleausgaben in den Gewerkschaften hat ja doch große Unzufriedenheit auf dem Lohngebiete zur Basis. Dieser Umstand wirkt schon den demagogischen Verlegererwerb über den Haufen. Würde die betreffende Krämerei sich aus der Rubrik „Korrespondenzen“ in unserm Organ über die Lage und die Stimmung in der Gehilfenschaft orientiert haben, brauchte hier nicht gesagt zu werden, wie grundverschieden die Auffassungen sein können.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus ist das Singhoff'sche Zirkular jedoch zu verwerfen. Die Resolutionsmacherei auf kommunistisches Kommando im Gau Rheinland-Westfalen wollen wir sofort im „Korr.“ bloßlegen, damit nicht wieder eine Abenteuerlei nach Wortmannscher Art im vergangenen Jahre dort in Szene geht. Als die Demaskierung Wortmanns endlich den Wagnern (auch im „Korr.“) recht gab, fiel alles von ihm ab, und schneller, als man es gedacht, hatte ihn die Elberfelder Mitalliedschaft ausgeschlossen. Singhoff soll nicht in allem dem Wortmann gleichgestellt werden. Seine Handlungsweise ist aber im höchsten Maße disziplin- und statutwidrig. Wie der Kollege Gläß (Leipzig) in Nr. 21 es näher dargelegt, haben die Kommunisten Anweisung von ihrer Parteileitung, ganz planmäßig in den Gewerkschaften vorzugehen. Aus der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 14. März war ebenfalls zu ersehen, daß die Kommunistenhauptlinge in den Gewerkschaften nach solchen suchen, die nicht alle werden. Die oppositionelle Ruth Fischer — der Treppenwitz der Weltgeschichte läßt auch die Kommunisten in einer Partei nicht ohne Rechte und Einße sein! — macht nämlich in den Gewerkschaften für eine undefinierbare internationale Konferenz mobil. Von den rheinisch-westfälischen Kollegen steht zu erwarten, daß sie Singhoff mit keinem gefährlichen kommunistischen Rezept der Beitragsperre allein lassen. Die gewerkschaftliche Vernunft gebietet aber nicht nur das, sondern verbietet auch, sich an dem Mißtrauensvotum für die Gehilfenvertreter zu beteiligen. Mißtrauen dem, der Mißtrauen aus parteipolitischen Motiven sät!

Korrespondenzen

Mainz. Bezirksgeneralversammlung am 25. Februar.) Ausschlossen wurden auf Grund des § 10 d vier Kollegen. Unter „tarifliche Angelegenheiten“ streifte der Vorsitzende kurz den Antrag auf Erhöhung des Ortszuschlages, der noch immer keine Erledigung gefunden habe. Hierauf erstattete der Redner den Jahresbericht; er konnte im allgemeinen kein erfreuliches Bild entwerfen. Durch die politischen Ereignisse und durch die Maßnahmen der Besatzungsbehörden drohe die Lage in unserm Gewerbe katastrophal zu werden. Eine nie geachtete Arbeitslosigkeit hat hier Platz gegriffen, und durch die neuesten Ereignisse des Bahn- und Poststreiks glaubt die hiesige Prinzipalität die Situation auszunutzen, indem sie kurzzerband, durch Prinzipalsbefehl, den Gehilfen Kurzarbeit diktiert. Zugabe sei, daß durch diese außerordentlichen Ereignisse die ganze Industrie schwer leidet. Aber ganz entschieden muß die Gehilfenschaft protestieren, daß man ohne vorherige Verhandlung mit der Gehilfenleitung in allen Betrieben Kurzarbeit ansagt und dadurch wieder die ganzen Lasten auf die Schultern der Arbeiterschaft legt. So etwas nennt man dann Einheitsfront! Die Abrechnung der Bezirkskasse über das vierte Quartal lag gedruckt vor und wurde ohne Debatte genehmigt. Um den schlechtesten Kassenstand der Bezirkskasse wieder zu heben, wurde beschlossen, einen einmaligen Extrabeitrag von 200 M. zu erheben. Bei der Vorstandswahl blieb es bei den bisherigen amtierenden Kollegen, während bei der Leitung der Lehrlingsabteilung eine Veränderung Platz griff. Unter Punkt „Verschiedenes“ entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Einführung der Kurzarbeit.

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

Seher Ernst Polca, geb. in Berlin, 19. März: 50jähriges Berufsjubiläum. jetzige Kondition: Ulfstein, N.-G., Berlin.

Eduard Göffing in Paderborn 1. April: 50jähriges Berufsjubiläum.

Drucker Otto Katschmann, 1. April: 50jähriges Berufsjubiläum. jetzige Kondition: C. Grumbach in Leipzig.

Allgemeine Rundschau

Französische Gewalttat. Bald nach dem Mordüberfall auf zwei französische Offiziere in Buer i. W., der unter allen Umständen der deutschen Bevölkerung an die Naohöhe gehängt werden sollte, verlangten die Franzosen in den dortigen Druckereien die Herstellung roter Plakate, auf denen zu lesen stand, daß Deutsche den Mordüberfall ausgeführt haben. Die Geschäftsinhaber sowie das technische Personal lehnten indes die Herstellung der Plakate ab, wenn nicht der Sach, wonach die Deutschen die Täter seien, gestrichen wurde. Bereits tags zuvor hatte der kommandierende General in Recklinghausen in einer dortigen Druckerei die Herstellung der Plakate erzwingen wollen. Der Besitzer der „Recklinghäuser Zeitung“ lehnte jedoch die Herstellung ab und wurde daraufhin verhaftet. Von dem technischen Personal der Druckerei wurde unter Androhung schärfster Maßnahmen die Fertig-

stellung der Plakate bis 5 Uhr nachmittags gefordert. Trotzdem verweigerte das Personal die Ausführung der Arbeit. Eine Abordnung, die gegen die Verhaftung des Geschäftsinhabers bei dem Militär-gewaltigen vorstellig werden wollte, wurde nicht vorgelassen.

Französische Bluttat im Ruhrgebiet. Der Buchdruckerbesitzer Kurt Schulte in Essen wurde von französischen Soldaten durch einen Kopfschuß schwer verletzt, dem er später erlag.

Erwerbslosenelder von Belgien „Beschlagnahme“. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Rhebdt meldet, erschien am 16. März im dortigen Rathause ein belgischer Offizier mit einigen Soldaten, um die zur Auszahlung an die Erwerbslosen bestimmten Gelder wegszunehmen. Während die Belgier zu der unmittelbar neben dem Rathaus liegenden Sparkasse hinübergingen, wurden gerade 100 Millionen Mark städtischer Gelder von der Stadtkasse zur Sparkasse gebracht. Die das Geld befördernden drei Sparkassenbeamten und der Direktor der Sparkasse wurden von den Belgiern sofort verhaftet und zunächst nach M. Gladbach weggebracht. Die 100 Millionen Mark sowie 5 Millionen Mark Gelder der Erwerbslosenfürsorge, die noch nicht aus dem Rathaus fortgeschafft waren, wurden weggenommen. Um 12 Uhr mittags versammelten sich die gesamte Beamten- und Angestelltenchaft der städtischen Verwaltung und zahlreiche Vertreter der städtischen Betriebe im Rathaus und nahmen einstimmig eine Entschliessung an, in der gegen das Vorgehen der Belgier schärfster Einspruch eingelegt und sofortige Freilassung der in Ausübung des Dienstes verhafteten städtischen Beamten verlangt wird. Als Zeichen des Protestes stellten die städtischen Beamten die Arbeit bis zum Abend ein. Die „Belgentaten“ ihrer französischen Waffengefährten ermutigten anscheinend auch die belgischen Soldaten, sich gleichfalls mit unvergänglichem Ruhm zu bedekern. Daß sie in Rhebdt Gelder raubten, die zur Unterstützung der Armisten der Armen bestimmt waren, verdient besonders gebrandmarkt zu werden.

Lohnbewegung in der Leipziger Metallindustrie. Die Abstimmung unter den Leipziger Metallarbeitern über den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, der eine Lohnerhöhung von 15 Proz. vorsah, ergab dessen Annahme. Vom Verband der Metallindustriellen liegt jedoch keine Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches vor.

Lohnkampf in der sächsischen Holzindustrie. Infolge Ablehnung eines Schiedspruches auf Lohnerhöhung durch die Unternehmer sind in zahlreichen Städten, u. a. in Dresden, Zwickau, Zittau, Meichen, Plauen, Teilstreiks in der Holzindustrie ausgebrochen.

Doppelverdiener. In der Zeit steigender Arbeitslosigkeit ist es ein Gebot des Allgemeinns, alle Möglichkeiten zu erwägen und auszuweihen, um vorhandene Arbeitsgelegenheiten gerecht zu verteilen. Aus diesem Grunde ist es in erster Linie erforderlich, daß für sogenannte Doppelverdiener Erja aus den Reihen der Arbeitslosen eingestellt wird. Um Zweifel zu beheben, sei darauf hingewiesen, daß die Verordnung vom 12. Februar 1920 über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern bei der Auswechslung von Doppelverdienern durch Erwerbslose nicht einschlägt, d. h. eine Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 24 Stunden vor der Entlassung der Doppelverdiener nicht in Frage kommen kann, da eine Verminderung der Arbeitnehmerzahl durch diese Erjaeinstellungen nicht eintritt. Es muß erwartet werden, daß Arbeitgeber und Betriebsräte sich der Notwendigkeit der Entlassung von Doppelverdienern (in erster Linie verheirateter Frauen, deren Männer Verdienst haben, und Familienmitglieder, die nicht auf Erwerb angewiesen sind) nicht entziehen und durch Erjaeinstellung von Erwerbslosen dazu beitragen, eine möglichst gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheiten herbeizuführen.

Sozialfürsorge und soziale Wahlen im besetzten Gebiet. Das Reichsarbeitsministerium hat auf Grund des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 eine Verordnung über Sozial- und Kleinrentnerfürsorge und soziale Wahlen erlassen. Danach werden mit sofortiger Wirkung für das besetzte Gebiet und das Einbruchgebiet die den Sozial- und Kleinrentnern zu zahlenden Unterstellungen auf das Doppelte erhöht. Es werden ferner für das Reichsgebiet die Wahlen zu den Ehrenämtern der Reichsversicherung bis zum Schlusse des Monats September 1923, der Neuwahlen zu der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiet bis zum 31. Juli 1925 und die infolge Ablaufs der Wahlzeit erforderlichen Neuwahlen zu den Betriebsvertretungen der im besetzten Gebiet und im Einbruchgebiet gelegenen Betriebe bis zum 31. März 1924 aufgeschoben. Mitglieder von Betriebsvertretungen, die ihre Mitalliedschaft niedergelagt haben, können innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Verordnung die Niederlegung durch Erklärung gegenüber dem Arbeitgeber widerrufen, soweit nicht die Stimmaßgabe abgegeschlossen ist.

Keine Postgebührenerhöhung. Dem Reichstage ist der Entwurf einer Verordnung zur Änderung der gesetzlichen Postgebühren zugegangen. Von einer Gebührenerhöhung soll zunächst Abstand genommen werden. Die Vorlage enthält lediglich die Einführung des Drei-Zonen-Tarifs. Der Mindestsatz bei den Drei-Kilo-Paketen beträgt in der ersten Zone 300 M., in der zweiten und dritten Zone 600 M. Bei Paketen über 3 Kilo erhöht sich das Porto nur in der dritten Zone, während in der ersten und zweiten Zone die bisherige Tarifföhe noch bestehen bleiben. Die Erhöhungen betragen von 10 Kilo an aufwärts für jedes weitere Kilo 150 M., das 20-Kilo-Paket kostet 7500 M. Neu ist ferner die Bestimmung, daß die Vorstufe für Warenprobensendungen ein Gewicht bis 100 Gramm umfassen soll, mit der Gebühr für eine

gleichschwere Drucksache, um es der Geschäftswelt zu ermöglichen, auch die leichten und billigen Warenproben als Werbemittel zu benützen.

Gebühren für Schöffen und Geschworene. Auf Grund wiederholter Beschwerden von Ortsausschüssen des ADGB. über die zu niedrigen Entschädigungssätze für Schöffen und Geschworene hat der ADGB. an das Reichsjustizministerium das Ersuchen gerichtet, die im Januar d. J. festgesetzten Entschädigungssätze, die im Falle einer zehntätigen Inanspruchnahme nur bis zu 4250 M. pro Tage betragen können, um das Fünffache zu erhöhen.

Verschiedene Eingänge

„Typographische Jahrbücher“. Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. Heft 2, Aug.-Messe-Heft. 44. Jahrgang. Bezugspreis 450 M. für das 1. Vierteljahr 1923. Verlag Julius Meiser, Leipzig, Genesfelderstraße 13/17.

„Der Wanderer“. Von F. H. Seyffert. Verlag J. H. W. Ditzsch, Berlin. Ein Buch für die Jugend, die sich Herz und Bild weiten lassen und dankend wandern und leben will. (Grundzahl 60 Pf.)

„Die Jugendgeschichte einer Weberin“. Von Adolph Hopp. Mit einflussreichen Worten von August Bebel. Dritte Auflage. J. H. W. Ditzsch, Berlin. Die Jugendgeschichte einer tapferen Frau, geeignet in jungen Herzen opferfreudige Begeisterung für den Sozialismus zu wecken. (Grundzahl 1 M.)

Briefkasten

K. G. in M.: Danken wieder freundlich. — **Kasch P.:** Wenn wieder einmal die Revolvierapparat zur Tagesordnung stehen, werden Sie erfahren, daß wir

doch nicht so unrecht haben. — **D. F. in B.:** Sache wird vollständig und sobald als möglich gebracht; wir halten aber die Artileiform für geeigneter und werden daher eine kleine Umänderung vornehmen. — **G. in M.:** 450 M. — **J. M. in B.:** 510 M.

— **Kasch P.:** Die uns ausgesandte Warnung vor Konditionsannahme bei der Firma „Globus“, Verlag der „Bücherei Preile“, findet nur Ausnahme, wenn die dortige Organisationsleitung Ihre Angaben bestätigt.

Zur geg. Beachtung: Artikel einsendungen muß unbedingt eine Mitgliedschaftsbescheinigung beigelegt werden, wenn der Absender weiß, daß er der Redaktion nicht bekannt sein kann. — **Kurzfassung** ist bei Artikeln wie auch bei Versammlungsberichten unabweisbares Gebot. — **Abdrückungen** in Inseraten dürfen aber nicht so weit gehen, daß die Anzeige dadurch unleserlich wird, sonst ist das Geld dafür umsonst ausgegeben. Die Zeilenzahl ist bei kleinen Anzeigen immer auszurechnen und der entsprechende Betrag gleich mitzuzusenden. — Die jeweiligen **Portosätze** sind genau zu beachten, da wir ungenügend frankierte Sendungen, auch bei bloßem Übergewicht, nicht annehmen.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191
Postfachkonto: Berlin Nr. 102387 (H. Schweinig)

Bezirk München. Das Mitgliedsbuch des Kollegen Helmut Jäger, geboren in Ksowo 11. 10. 1897 (Hauptbuchnummer 94 030), ausgefertigt vom Gau Westpreußen unter Nr. 998, ist auf der Post verloren gegangen und wird für ungültig erklärt.

Arbeitslosenunterstützung

San Oßpreußen. Den Kreisamtsverwaltern zur Nachricht, daß sie für den 500 M. an ausgereuete und nicht bezugsberechtigte Durchreisende als Unterstützung auf Kosten der Casafasse zur Auszahlung bringen dürfen.

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Seite 30 Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 20 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmefrist: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend morgens für die jeweilig nächsterfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postsendung.

Jhre freie Zeit

kann Ihnen tausendfachen Nutzen einbringen, wenn Sie sie dazu benutzen, eine fremde Sprache nach unserer weltberühmten Methode Toussaint-Langenscheidt zu erlernen. Sprachkenntnisse sind heute mehr denn je eine unbedingte Notwendigkeit für jeden vorwärtsstrebenden Menschen. Der Unterricht nach unserer Methode Toussaint-Langenscheidt ist eine interessante, Ihre Allgemeinbildung ungemein fördernde Beschäftigung. Er kostet einschließlich aller Lehrmittel monatlich nur wenige Mark. Verlangen Sie heute noch Zusendung unserer Einführungsblätter d. Unterricht d. Sprache, die Sie erlernen wollen (kostenlos), Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg, Verlag d. Unterrichtswerke nach der Methode

Toussaint-Langenscheidt

Tüchtiger Typographsetzer

A. B. U-B, ledig, guter Maschinenkennner, sucht sofort Stellung, möglichst im Werktag.

K. Kunst, Zeil, Tiergartenstraße 5 b.

Junger, strebsamer Schriftsetzer

bewandert im Akzidenz- und Inseratenfach, Schreiberei sowie mit guter Allgemeinbildung, sucht zum 15. April Stellung, wo er sich als solcher vervollkommen oder event. an Sehmashine, im Kontor oder zur redaktionellen Arbeit ausbilden kann. Off. Angebote erbeten unter Nr. 531 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7.

Maschinenmeister

firm im Illustrations-, Werks-, Farben- und Akzidenzdruck, erfahren mit Universal-Druckapparat, Schnell- u. Fingeldruckpresse, sucht sich baldmöglichst zu verändern. Gute Zeugnisse vorhanden.

Angebote erbeten an M. Heyder, Schrenk i. Th., Schulstraße 9.

Brandenburgischer Maschinensetzerverein

Sonntag, den 25. März, vormittags 10 Uhr, im „Klubhaus“, Dohnstraße 2: **Versammlung**

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Diskussion. 3. Beitragsrückzahlung. 4. Vortrag des Kollegen Lehmpuhl: „Reiseindrücke aus Dänemark“. 5. Neuaufnahmen. 6. Verschiedenes. Um zahlreiche und pünktliche Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterchaft ins Leben gerufene

Volksfürsorge

Gemeinschaft. Genossenschaft. Versicherungs-Aktiengesellschaft. **Hamburg 5.**

Am 14. März verstarb unser lieber Kollege, der **Geher Christian Schlotter** im Alter von 49 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **G. v. Wiesbaden, Gutenberg-Quartett Wiesbaden.**

Am 18. März verstarb nach kurzem Krankheitslager unser werter Mitarbeiter, der **Geher Hermann Krause** im 60. Lebensjahre. Wie werden dem Dahingegangenen auch fernherhin ein ehrendes Gedenken bewahren. **Wreslau, 19. März 1923 Verein „Gutenberg“.**

Am 13. März verschied plötzlich infolge Herzhogs unser lieber Kollege und langjähriger Mitarbeiter, der **Geher Robert Müller** aus Oerterwig in Thür., im 71. Lebensjahre. Ihre feinem Andenken! **Personal der Wustfeld-Druckerei, Berlin.**

Junger, erster Akzidenzsetzer, der in ersten Firmen tätig war und reiche Erfahrung im Berechnungswesen besitzt, sucht sich per 1. April als

Kalkulator

oder Stütze des Chefs zu verändern.

Off. Offerten erbeten unter H. B. postlagernd Leipzig, Börsen-Postamt.

Schriftsetzer

des Stereotypierens kundig, 20 Jahre alt, sucht baldmöglichst Stellung.

Zuschriften erbittet **Edward Sabell, Marienwerder (Westpr.), Obergstraße 3.**

Typographsetzer

23 Jahre alt, vierjähr. Praxis, Maschinenkennner und -pfleger, sucht in Schlessen od. Brandenburg Dauerstellung. Off. Offerten erbittet **P. Gottschalk, Burgdorf (Sann.), Hann.-Neustadt 210.**

Wo bietet sich passende Stelle für gut empfindlichen Akzidenz- und Anzeigensetzer als Werkmeister, Lagerverwalter, Hilfsarbeiter an Offsetmaschine usw. f. Handel, München, Wlutenburgstraße 33 II.

Tüchtiger Typographsetzer

U-B, ledig, guter Maschinenkennner und -pfleger, sucht Stellung. Selbiger kann auch im Handtag auswechseln. Off. Angebote an **Karl Stodt, Kinteln, Bückersstr. 41.**

Schriftsetzer

20 Jahre alt, mit guten Zeugnissen, firm in Inseraten-, Werks-, leichten Tabellen- und Akzidenzfabr., sucht passende Stellung in Kontor oder dergleichen

Off. Angebote mit Bedingungen unter K. T. 623 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Flotter, Korrekter Linotypsetzer

(Sbeal), auch mit Multi und Doppeldecker vertraut, 7jähr. Praxis, 29 J. alt, ledig, sucht Stellung in Schlessen, aber nicht Zedlung. Antr. kann sof. erfolg. Angebote erbittet **K. Steyn, Ologau, Mühlstraße 16 III.**

Russisch! Monotypsetzer (D-Taster)

sucht Stellung. Leipzig bevorzugt. Angebote unter **K. K. 614** an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Strebsamer Illustrations- und Buntdrucker

mit guten Erfahrungen im Druck von Wertpapieren und Katalogen, mit Schnellweckmaschine vertraut, zuverlässig, selbständig und gewissenhaft arbeitend, sucht nach Osten entsprechenden Wirkungskreis. Alter 23 Jahre und unversch. Off. Angebote unter H. 633 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Bier-u. Weinzipfel mit Buchergreif, Alpakasilber, Verlag des Bildungsverbandes d. Deutsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Gaulinbriete, vierfarbig

sucht Stellung. Verlag des Bildungsverbandes d. Deutsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Das neue Fachwerk „Farbentunde, Farbendruck“ von Karl Fielichack darf in Ihrer Bibliothek nicht fehlen. Die neuen Ergebnisse der wissenschaftl. Farblehre in Anwendung auf die mod. Farbenmaterialkunde u. den Farben- und Buchdruck sind in diesem Werk erstmalig für die Praxis verarbeitet. Zu bez. Grundpreis von 2 M. mal 2 B., 2000 jugendlich Porto u. Verpackung v. Verlag **J. Meiser, Leipzig-K.**

Zu kaufen gesucht: Ältere Schriftsetzereien, auch nicht mehr existierender. Angeb. m. n. Äng. erb. unter **A. B. 625** an die Geschäftsstelle d. Bl. Leipzig, Königstraße 7.

Zu kaufen gesucht: Gebr. Schriftsetzermatern aller Art, Schrift-, Einfall-, usw. sowie Schriftgießerwerkzeuge. Ang. m. Preis, wenn möglich m. Probebr. erb. unter **X. Z. 628** a. d. Geschäftsst. Leipzig, Königstr. 7.

Bleischneidkasten

Handwertkasten a. Giesenhof, enth. 6 Stiche, 1 Tischklopp, 1 Kurvenlineal, 2 Gradierstab, 1 Scheffel, 1 Umbruchsäure, Durchschneidapp., Schmitzleiten, 2 Brandierplatt. Preis o. Anfr. m. Rückporto. **K. Giegl, München 9, Columbusstraße 1.**